Abendausgabe

Nr. 364 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 182

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 3000 Mark

Montag
6. August 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Diplomatenkrieg Paris-London.

Der diplomatische Kleinkrieg zwischen England auf der einen und Frankreich und Belgien auf der anderen Seite dauert fort. Während die englische Regierung bei der Veröffentlichung ihrer Dokumente sehr behutsam zu Werke geht und zunächst um die formelle Erlaubnis der anderen Regierungen bat, haben die französische und die belgische Regierung ihre Schriftstücke Schlag auf Schlag publiziert, und sie sind damit dem Londoner Kabinett zuvorgekommen. Erst jetzt scheint man in England zu merken, daß man wieder einmal der eigenen Vornehmheit gegenüber Poincaré zum Opfer gefallen ist, der mit der gewohnten Rücksichtslosigkeit die englischen Absichten durchkreuzt hat. Das englische „Blaubuch" wird erst gegen Ende dieser Woche erscheinen, während bis dahin alle französischen und belgischen Schriftstücke schon erschienen sein werden. Die Londoner Blätter äußern sich sehr ungehalten über diesen Streich.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die französische Presse in Anbetracht der lendenlahmen englischen Regierungserklärung, die viel unentschlossener und unklarer ausgefallen ist, als dort befürchtet wurde, wieder Mut, ja sogar Uebermut geschöpft. Die Pariser Berichterstatter großer Londoner Blätter stellen fest, daß die französische Oeffentlichkeit weniger Respekt denn je vor England hat. Man ist sich offenbar in Paris und nicht zu Unrecht dessen bewußt, daß das englische Kabinett uneinig ist, und man rechnet damit, daß die extremkonservativen franzosenfreundlichen Regierungsmitglieder unter Führung Lord Derbys ein energisches Vorgehen Baldwins und Curzons so lange zu hintertreiben verstehen werden, bis die Katastrophe in Deutschland eingetreten und eine separate Aktion Englands hinfällig geworden sein wird. Daher sieht man in Paris der angekündigten englischen Erwiderung auf die französische Antwortnote mit ironischer Gelassenheit entgegen.

Einen neuen Grund zu hochtrabendem Selbstbewußtsein gegenüber England wird man in Frankreich in dem Verzicht Mac Kennas auf Eintritt in die Regierung erblicken. Dieser Mann, der bei der Uebernahme des Ministerpräsidentenpostens durch Baldwin als Schatzkanzler in Aussicht genommen war, ist den Franzosen ein Dorn im Auge. Als am Sonnabend die „Daily Mail" als erstes und einziges Blatt die Nachricht brachte, daß er seine Absicht aufgegeben habe, konnte man meinen, der Wunsch sei der Vater des Gedankens. Indessen wird dieser Verzicht aus anderen Londoner Quellen jetzt als ziemlich sicher und endgültig bestätigt. Offenbar ist Mac Kenna, der einer entschiedenen Politik Frankreich gegenüber stets das Wort geredet hatte, durch die Baldwinsche Regierungserklärung und durch seine Nachgiebigkeit gegenüber dem Derbyflügel des Kabinetts enttäuscht und hält daher seinen Eintritt in die Regierung für zwecklos.

Während der Bruder Nortrhcliffs, Lord Rothermere, einen mit großer Reklame angekündigten Artikel in seinem Sonntagsblatt „Sunday Pictorial" — in dem seinerzeit auch Ludendorff die deutsche Republik beschimpft hatte — veröffentlicht, in dem er den Zusammenbruch Deutschlands als ein für England wünschenswertes Ereignis bezeichnet, weil Eigland dadurch einen gefährlichen Konkurrenten los werde, erscheint in einem anderen Sonntagsblatt, dem „Observer", ein Aufsatz Garvins, der mit ungewohnter Schärfe die imperialistische Politik Poincarés an der Ruhr brandmarkt. Der Artikel, der die gegenwärtige militärische Oberherrschaft Frankreichs als gefährlicher als in den Tagen Ludwigs XIV. und Napoleon I. bezeichnet und auch als unmoralischer, da sie auf dem afrikanischen Reservoheer beruhe, wendet sich auch scharf gegen die Politik Baldwins, die es nicht verstanden habe, dieser Hegemonie die Stirn zu bieten.

Garvin kommt zu dem Schluß, daß, wenn die Regierung Baldwin nicht die Energie aufbringen könne, durch wirtschaftlichen und finanziellen Druck auf Frankreich und Belgien „einer willkürlichen und unerträglichen Gewaltherrschaft halt zu gebieten", sie ihren Platz neuen Männern überlassen müßte.

Die Rechtsfrage.

London, 6. August. (WTB.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" geht in einem längeren Aufsatz auf die Frage der Gesetzmäßigkeit der Ruhrbesetzung ein und legt dar, daß in Paris anscheinend Besorgnis herrsche, die britische Regierung werde möglicherweise diese Frage aufs Tapet bringen. In offiziösen Pariser Organen werde darauf hingewiesen, daß Großbritannien im Mai 1921 bereit gewesen sei, sich mit Frankreich und seinen Alliierten an einer Besetzung des Ruhrgebietes zu beteiligen. Demgegenüber sei zu betonen, daß die britische Regierung zwar wiederholt den Gedanken einer gemeinsamen alliierten Besetzung des Ruhrgebietes oder sonstigen deutschen Gebieten als Mittel zur Erzwingung der Durchführung des Friedensvertrages zugestimmt habe, niemals aber die Richtigkeit der Behauptung zugegeben habe, daß territoriale Sanktionen auf Grund des § 18 Anhang 2 angewendet werden dürften oder daß dieser Paragraph zur Anwendung solcher Sanktionen durch einen einzelnen oder zwei Alliierte ermächtige. **Die Verhängung separater Sanktionen sei vom Obersten Rat in seinem Ultimatum an Rumänien im Oktober 1919 mit Nachdruck verurteilt worden.**

Handgranatenexplosion in Düsseldorf.

4 Franzosen, 3 Zivilisten verletzt.

WTB. berichtet: Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort gestern nachmittag gegen 7 Uhr während der französischen Wachtparade durch Explosion von Handgranaten 4 französische Soldaten und 3 Zivilisten mehr oder weniger schwer verletzt worden. Aus diesem Anlaß hat die Besatzungsbehörde den Chef der kommunalen Polizei in Düsseldorf und einen deutschen Zivilisten verhaftet; außerdem wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Weitere Sanktionsmaßnahmen gegen die Stadt sollen bevorstehen.

Dazu wird amtlich erklärt:

Nähere Angaben über den Vorfall liegen hier bisher nicht vor. Die Maßnahmen der Besatzungsbehörden lassen indeß erkennen, daß die Franzosen eine deutsche Täterschaft vermuten. Ob tatsächlich Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Vermutung gegeben sind, wissen wir nicht. Sollte die Untersuchung, an der Deutschland mitzuwirken bereit ist, eine deutsche Täterschaft erweisen, so würde die Reichsregierung dies aufs tiefste beklagen. Sie hat bei den Verhandlungen mit Nuntius Pacelli erst vor kurzem zum Ausdruck gebracht, daß sie jede verbrecherische Gewaltanwendung verurteilt und sie kann die Verurteilung heute nur mit aller Schärfe wiederholen. Verbrecherische Gewaltakte bringen niemandem Nutzen, schädigen die deutsche Sache und haben nur Bedrückung zur Folge.

Der Grund des Attentats.

Der „B. Z. a. M." wird zu dem Handgranatenattentat aus Düsseldorf von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die französische Wache auf ihrem Marsche durch die Stadt von Separatisten demonstrativ begrüßt wurde, worauf der Maschinentechniker Rabe gegen die Separatisten eine Handgranate warf, die die gemeldete Wirkung hatte. Rabe sei von den Franzosen verhaftet worden.

Bahndammsprengung beim Bahnhof Essen-West.

Essen, 6. August. (TU.) In der Nacht zum Sonntag wurde nach 1 Uhr der Versuch gemacht, den Bahndamm der Strecke Essen—Mühlheim durch Sprengung zu zerstören. Der Bahndamm wurde zu einem kleinen Teil zerstört. Der von den Franzosen betriebene Dienst der Züge Mühlheim—Essen erleidet keine Störung. In den wenigen Häusern, die in der Nähe des Tatorts liegen, wurden durch den Luftdruck eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert. Die Bewohner dieser Häuser müssen bis auf weiteres von 8 Uhr abends ab zu Hause bleiben.

Demokratischer Friedenskongreß in Freiburg

Freiburg, 6. August. (WTB.) Sonnabend abend wurde durch den Reichstagsabgeordneten Joos in Anwesenheit zahlreicher Teilnehmer aus dem In- und Ausland, der Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden und Vertretern des internationalen Arbeitsamts der dritte internationale demokratische Friedenskongreß eröffnet.

Der Vorsitzende Joos wies eingangs seiner Ausführungen auf die schwere Bedrückung des deutschen Volkes durch die Ruhraktion hin und betonte, daß eine friedliche Lösung der ganzen Wirren unmöglich sei, wenn man sich nicht in gegenseitigem Vertrauen näherkomme.

Staatspräsident Remmele überbrachte die Wünsche der badischen Regierung und betonte, daß die neue deutsche Republik von den alten Demokratien insbesondere Europas keine Nachsicht und Förderung erfahren habe.

Das Hauptreferat erstattete Mac Saugnier (Frankreich), der darlegte, daß heute besonders in Frankreich mehr Mut zu friedlichen Reden als zum Kriegführen gehöre, und sagte, das französische Volk dürfe nicht nach seiner Regierung und seinen Zeitungen beurteilt werden.

Nachdem noch Vertreter Englands und des internationalen Arbeitsamtes in Genf Begrüßungsansprachen gehalten hatten, und ein Begrüßungstelegramm des Papstes verlesen worden war, wurde der Kongreß für eröffnet erklärt.

Dollar 1 650 000.

Folge des freien Devisenhandels.

Mit dem heutigen Tage wurde der Freiverkehr am Devisenmarkt wieder eingeführt. Es war ziemlich wenig Material angeboten, was hier schon seit längerer Zeit bei der amtlichen Zuteilung der Fall war. Infolgedessen stiegen die Kurse in bedeutendem Maße. Man hörte den Dollar gegen 10 Uhr noch mit 1 350 000 und das Pfund mit 6 800 000, gegen 11 Uhr war der gesprochene Kurs bereits für den Dollar auf 1 500 000 und für das Pfund auf 7 800 000 hinaufgegangen, um etwas später die Höhe von 1 650 000 resp. 8 000 000 für das englische Pfund zu erreichen. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß infolge der geringen Zuteilung seit dem 22. Juni die Nachfrage jetzt in verstärktem Maße auftritt und Lebensmittel- und Textilindustrie bestrebt sind, sich in möglichst großem Maße mit ausländischen Zahlungsmitteln zu versorgen.

Auch zu Sicherungszwecken, wie z. B. zur Sicherstellung des Getreidebezuges, geht man jetzt zum Ankauf von Devisen über. So konnte man bemerken, daß eine große Anzahl von Produktenhändlern ihre Effekten auf den Markt warfen und das so erhaltene Geld zum Erwerb von Auslandsvaluten anwandten.

Unfähige Reichsbankleitung.

Unerläßlich sind die Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Ohne radikale Hemmung der Inflation durch einschneidende Steuermaßnahmen kann der Währungsverfall nicht aufgehalten werden; ohne den Währungsverfall aufzuhalten, kann die Preissteigerung nicht eingedämmt werden.

Aber ebenso unerläßlich ist es, daß auch die andere Quelle der Inflation endlich beseitigt wird, die aus der falschen und nachgerade blödsinnig gewordenen — es gibt kein anderes Wort — Politik des Herrn Havenstein fließt. Die Reichsbank hat während der ganzen Zeit der Inflation der Wirtschaft zu lächerlich niedrigen Zinssätzen Papiermarkkredite zur Verfügung gestellt. Wenn der Bankier, Industrielle oder Händler bei der Reichsbank seinen Wechsel begab und diesen nach drei Monaten zurückzahlte, so geschah das in längst entwerteter Papiermark. Ungeheure Gewinne flossen so der Wirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit, auf Kosten aller Papiermarkbesitzer und -empfänger zu. Die ganze Wirtschaft spekulierte risikolos à la baisse der Mark und à la hausse der volkswirtschaftlichen Einsichtslosigkeit des Reichsbankpräsidenten. Und diese stieg nun auch parallel dem Dollarkurs!

Die Beispiele für die Riesengewinne der Privaten sind bekannt. Wer zum Beispiel am 1. Januar 1922 sich bei der Reichsbank einen Kredit verschaffte und dafür 100 000 Dollar kaufte, brauchte am 1. April nur 62 667 Dollar zu verkaufen, um sein Papiermarkdarlehen zurückzuzahlen. Sein Reingewinn betrug 37 333 Dollar. Nahm er am 1. April ein neues Darlehen der Reichsbank auf und kaufte wiederum 100 000 Dollar und wiederholte er dieses Geschäft bei jedem Quartalswechsel, so konnte er, trotzdem die Dollarsteigerung damals noch verhältnismäßig langsam voranging, Mitte Mai 1923 das Geschäft mit dem Reingewinn von 335 528 Dollar oder nach dem damaligen Kursstand mit dem hübschen Gewinn von rund 15½ Milliarden Mark abschließen. Vielleicht wendet Herr Havenstein ein, er hätte das Menschenmögliche getan, um durch Prüfung der Kreditansprüche solche Geschäfte zu verhindern. Aber ach, die Möglichkeiten des Herrn Havenstein sind außerordentlich beschränkt und die Gerissenheit der Interessenten ist unendlich. Und selbst wenn Herr Havenstein mit seiner lächerlichen Einbildung noch Recht hätte, daß dank seiner Wachsamkeit mit seinen Papiermarkkrediten direkte Valutaspekulationen nicht gemacht wurden, dieselben und noch größere Gewinne wurden ja gemacht, wenn in legitimster Weise Handel und Industrie Weizen, Roggen, Baumwolle, Metalle oder sonst was immer gekauft hatten, deren Preise parallel der Dollarentwicklung stiegen, während sie die Reichsbank mit einem Bruchteil des Erlöses bezahlten. Beim Weizen z. B. stellt sich das Geschäft folgendermaßen: Wer am 1. Januar 1922 sich bei der Reichsbank einen Kredit verschaffte, um dafür 100 000 Doppelzentner Weizen zu kaufen, brauchte am 1. April nur 44 800 Doppelzentner Weizen zu verkaufen, um sein Papiermarkdarlehen zurückzuzahlen. Sein Reingewinn betrug 55 200 Doppelzentner Weizen. Nahm er am 1. April ein neues Darlehen der Reichsbank zum Kauf von 100 000 Doppelzentner Weizen auf und wiederholte er dieses Geschäft bei jedem Quartalswechsel, so hat er am 1. August 1923 einen Reingewinn von 456 199 Doppelzentner Weizen erzielt. Umgerechnet zum Preise von 2 075 000 M. der Doppelzentner und abzüglich der Markschuld bei der Reichsbank hat er einen reinen Markgewinn von mehr als 639 Milliarden Mark erzielt.

Seit Jahr und Tag haben wir die Beseitigung dieses skandalösen Zustandes gefordert. Immer weitere Kreise haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Schließlich ist dieser Ruf ganz allgemein geworden. Nur die Reichsbank leistet der Meinung aller Sachverständigen, der Meinung aller Wirtschaftskreise, die auch endlich zur Auffassung der Regierung geworden ist, starrsinnigen Widerstand. Sie sperrt sich noch immer gegen die notwendige und allein erfolgversprechende Maßnahme: der möglichst raschen Einstellung der Papiermarkkredite und des Uebergangs zum Goldkredit gegen Goldzins. Selbst jetzt noch sucht sie mit allerlei halben Pfuschmaßnahmen um das Notwendige herumzukommen. In einer Zeit, wo sich die Mark von einem Tag auf den anderen um 30, um 50 Proz. entwertet hat, wagt sie es, mit lächerlichen Spielereien zu kommen und so zu versuchen, der öffentlichen Meinung Sand in die Augen zu streuen. Denn ganz lächerlich ist es, mit einer Erhöhung des Diskontsatzes auf 30 Proz. vorzugehen, wenn der Kreditempfänger diese 30 Proz. Jahreszins an der Entwertung des Kapitals an einem einzigen Tage verdienen kann.

Ebenso unzulänglich ist die andere Maßnahme der Reichsbank, die der Oeffentlichkeit gegenüber als Beginn der wertbeständigen Kreditgewährung angepriesen wird. Die Reichsbank will es sich von nun an gründlicher überlegen als bisher, wem sie Papiermarkkredite einräumt und derjenige, dem sie Papiermarkkredite nicht mehr gibt, soll bei ihr den Wechsel wertbeständig verpfänden können.

Die Reichsbank kapiert noch immer nicht, worum es sich handelt. Nicht darum, in erster Linie der privaten Wirtschaft Gelegenheit zu geben, sich auch bei der Reichsbank wertbeständig zu verschulden. Dazu braucht die Wirtschaft die Reichsbank nicht. Beträgt doch der Kredit, der ihr allein aus dem holländischen Abkommen zur Verfügung steht, zirka 45 Billionen Papiermark. Sondern es geht darum, daß die Reichsbank der Wirtschaft keine Papiermarkkredite mehr gibt, damit diese Inflationsursache und dieser Inflationsgewinn aufhört. Dann wird die Wirtschaft ge-

zwungen sein, bei der Reichsbank wertbeständig zu leihen; dadurch wird wieder die Reichsbank instand gesetzt, von der Wirtschaft wertbeständige Anlagen anzunehmen und es der Wirtschaft ermöglichen, wertbeständige Zahlungen zu leisten. Kann die Wirtschaft ihr Bedürfnis nach Wertbeständigkeit bei der Reichsbank befriedigen, dann hört ein Teil der Nachfrage nach Devisen auf, und unsere Währungssituation bessert sich. Das sind alles ganz einfache Zusammenhänge, die aber Herrn Havenstein nicht klar zu machen sind. Da er aber andererseits es mit der Angst bekommen hat und Konzessionen machen muß, so kommen dann diese lächerlichen Maßnahmen und Halbheiten heraus, die, statt Abhilfe zu bringen, neue Verwirrung stiften.

Die Vermehrung der Inflation durch die bisherige Reichsbankpolitik ist die schlimmste, aber lange nicht die einzige Sünde Havensteins. Dieselbe jämmerliche Unfähigkeit zeigte er bei den bisherigen Stützungsaktionen. Wie zu allen anderen, so mußte auch zu den Stützungsaktionen die Reichsbankleitung, die völlig ideen- und planlos seit Kriegsausbruch alles geschehen ließ, was einer unzulänglichen Finanzverwaltung und der Devisenspekulation gefiel, erst durch den Druck von außen getrieben werden.

Das ist ja überhaupt das Unglück. Jeder Versuch, den die Reichsbank auf währungspolitischem Gebiete macht, den macht sie erstens infolge des Widerstandes, den sie, solange es geht, leistet, viel zu spät und zweitens gegen die innere Ueberzeugung ihres Leiters. Deshalb erfolgen alle diese Versuche nur zögernd und mit unzulänglichen Mitteln und müssen deshalb scheitern. Sind sie aber infolge des inneren Widerstrebens der Reichsbankleitung gescheitert, dann beruft sich diese darauf: wir haben ja doch recht gehabt! Und der Widerstand beginnt von neuem mit noch verstärkter Zähigkeit, bis eine neue Katastrophe da ist und es dem Druck von außen gelungen ist, die Reichsbankleitung wieder einen Schritt vorwärts zu prügeln, worauf wieder eine Halbheit kommt, die natürlich wiederum scheitert.

Dreimal hatten wir bisher Stützungsaktionen und jedesmal ist die Reichsbank so verfahren. Die erste Stützungsaktion beim Tode Rathenaus hat versagt, weil die Reichsbank damals überhaupt ohne Sinn und Verstand interveniert hat. Sie gab wahllos, ohne jede Kontrolle, ihre Devisen bei der Kursfeststellung billiger ab, die die Käufer am nächsten Tage schon teuerer verkauften, und setzte wochenlang dieses lächerliche Treiben fort. Dann verkündete sie stolz: Wir haben doch interveniert, es hat nichts genützt; es läßt sich eben nichts machen. Und dabei blieb es trotz aller Bemühungen bis zur Währungskatastrophe bei Beginn der Ruhraktion.

Bei der zweiten Stützungsaktion im Februar dieses Jahres, die ebenfalls der Reichsbank erst von außen und von der Regierung aufgedrungen wurde, lag die Situation glücklicherweise und ohne Verdienst der Reichsbank etwas anders. Eine starke Zahlungsmittel- und Kreditknappheit beschränkte die Mittel der Devisenspekulation. Die Aktion selbst wurde zunächst nicht von der Reichsbank, sondern von einem vernünftigen Bankinstitut ausgeführt, das etwas von der Sache verstand. Es begann mit der Intervention im Auslande. Dort wurde die Mark mit außerordentlichem Erfolg gestützt und die Bewegung konnte auf Deutschland übertragen werden. Die Reichsbank hat dann, nachdem sie den Erfolg gesehen hatte, an den sie nicht geglaubt, gegen den sie sich bis zuletzt gewehrt hatte, die Sache leider in die eigene Hand genommen. Damit war die Geschichte auch schon erledigt. Sie hat nichts getan, um durch Beseitigung der Papiermarkkredite die Geldknappheit aufrechtzuerhalten. Sie hat den Kurs trotz allen Abratens starr festgehalten, statt ihn schwanken zu lassen und dadurch die Spekulation unsicher zu machen. Sie hatte nichts vorbereitet, um Angriffen entgegentreten zu können. Herr Havenstein war eben von vornherein überzeugt, es nützt ja doch nichts; er hatte keine Idee, keinen Plan, und so mußte die Aktion zusammenbrechen.

Uebertroffen wurde aber alles Vorangegangene durch die letzte Aktion. Statt einer organischen Stützungsaktion griff man zu dem rein technischen Mittel des Einheitskurses. Jede Intervention im Auslande wurde unterlassen und so die Berliner Kursnotierung zu einer rein fiktiven gemacht. Die Voraussetzung, die im Februar vorhanden gewesen war, die Geldknappheit, fehlte. Die Reichsbank tat nichts, um sie herbeizuführen. Weder wurden die Dollarschatzanweisungen gegen Papiermark verkauft, noch eine andere wertbeständige Anleihe ausgegeben, noch die Steuereinziehung beschleunigt, um die notwendige Verknappung auf dem Geldmarkt herbeizuführen, noch ein Devisenfonds aus Mitteln der Wirtschaft geschaffen, um der Intervention eine ausreichende Grundlage geben zu können. So wurde ohne Zweck und Verstand nur eine sinnlose Verwirrung auf dem Devisenmarkte angerichtet, die zuletzt die Lebensmittelversorgung gefährdete und eine industrielle Krise in bedrohliche Nähe rückte.

Das sind die Erfolge Havensteins! Und bei der Einstellung, die Herr Havenstein nun einmal zu den Währungsproblemen hat, ist eine Aenderung der Reichsbankpolitik unter seiner Leitung nicht zu erwarten. Kostbarste Zeit wird in den ewigen Verhandlungen zwischen Regierung und Reichsbank nutzlos vertrödelt; eine Zickzackpolitik ist das Resultat, die nachgerade unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben unerträglich geworden ist.

Das muß nun endlich anders werden! Wir haben gegen die Person Havensteins, der seiner Ueberzeugung folgt und dessen Charakter achtungswert ist, nicht das Geringste einzuwenden. Aber den Aufgaben, die die jetzige Situation erfordert, ist er in keiner Weise mehr gewachsen. Wir wissen, daß diese Ueberzeugung in den weitesten Kreisen geteilt wird, daß das Urteil über die Unzulänglichkeit der Reichsbankleitung in den verschiedensten Kreisen der Wirtschaft, der Politik und der nationalökonomischen Wissenschaft das gleiche ist. Deshalb muß von der Regierung endlich verlangt werden, daß sie für die notwendige Aenderung sorgt und eine geeignete Persönlichkeit an die Spitze der Reichsbank zu bringen versteht. Denn diese Währungsfrage heischt nun endlich wirklich Antwort: Wie hoch muß der Dollar steigen, bis Havenstein fällt?

Die Steuervorlagen.

Der Reichsrat hat die neuen Steuervorlagen der Regierung durchberaten und mit einigen Aenderungen genehmigt.

Im Mittelpunkt der Regierungsanträge steht als die finanziell bedeutsamste Steuermaßnahme die Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer. Gleichzeitig mit dieser Vorauszahlung soll am 31. August, am 5. Oktober und am 5. Januar das Doppelte dieser Vorauszahlung als Ruhropfer eingezogen werden. Nun war vom Reichstag in seiner letzten Tagung ein Gesetz verabschiedet worden, das für den 15. August das 25fache der fälligen Einkommensteuerzahlung als Vorauszahlung bestimmte. In ihren Finanzforderungen hat die Sozialdemokratie bereits darauf hingewiesen, daß dieser Multiplikator angesichts der unterdes eingetretenen Geldentwertung völlig ungenügend ist. Wir hatten statt des 25fachen das 75fache gefordert. Daneben die verdreifachte Zahlung der Umsatzsteuer und der valorisierten Zwangsanleihe. Die Regierung erkannte die Notwendigkeit unserer Forderung an, und der Reichsrat ist in diesem Punkte angesichts des fortschreitenden Währungsverfalls noch etwas hinausgegangen. Er hat die Vorauszahlung für die Einkommensteuer auf das 100fache, für die Körperschaftssteuer auf das 140fache erhöht. Zusammen mit dem Ruhropfer ergibt sich also, daß noch im August das 300fache der Einkommensteuer und das 420fache der Körperschaftssteuer erhoben werden wird.

Damit ist unleugbar ein großer Schritt zur Annäherung an unsere Forderungen geschehen. Es wird einer genaueren Prüfung des finanziellen Aufkommens aus dieser Steuer, das wir ungefähr auf 20 Billionen schätzen möchten, bedürfen, um genauer beurteilen zu können, welcher Teil unseres Programms damit gedeckt wird. Schon heute aber möchten wir betonen, daß wir neben dieser periodischen Aufbringung zur Erreichung des Zieles, der energischen Hemmung der Inflation, auch noch einer regelmäßig fließenden Steuer bedürfen. Diese Ergänzung muß gesucht werden in einer Besteuerung der Wirtschaft. Als solche haben wir vorgeschlagen eine Lohnsummensteuer für Handel, Industrie und Banken einerseits, eine Roggensteuer für die Landwirtschaft andererseits.

Von den vorgeschlagenen indirekten Steuern fällt die Erhöhung der Biersteuer ins Gewicht. Sie betrug vor dem Kriege 13,6 Proz. der Brauereipreise. Infolge der Geldentwertung war dieser Prozentsatz auf 2,8 bis 3,7 zurückgegangen. Nach der neuen Vorlage würde die Belastung etwa 20 Proz. der Brauereipreise betragen. Dagegen fällt die unhygienische Mineralwassersteuer ganz fort, was einer alten Forderung der Sozialdemokratie entspricht.

Außerdem sind eine Reihe neuer gesetzlicher Bestimmungen getroffen worden, die die rasche Einziehung der Steuern, also ihre Wertbeständigkeit, sichern sollen. Dem gleichen Zwecke dient die Ermächtigung, die der Finanzminister erhält, durch sehr hohe Verzugs- und Strafzinsen die ungesäumte Zahlung auch der direkten Steuern zu erreichen. Eine eingehendere Besprechung behalten wir uns vor, bis der Wortlaut aller Vorlagen vorliegt.

Der Bürgerkrieg.

Thalheimer als Generalstabschef.

Radek sagt, die Kommunisten dürften jetzt um keinen Preis eine Entscheidungsschlacht wagen. Zum mindesten müßten sie erst eine Million Mitglieder um ihre Fahnen zu scharen. Und da sie bis dahin noch sehr lange zu agitieren und organisieren hätten, sintemalen sie nach Radeks Zeugnis bisher nur sehr stümperhaft agitiert haben, so kommt Thalheimer nunmehr in der „Roten Fahne" mit einer neuen Sache. Er untersucht in einem sehr gelehrt erscheinenden Artikel die Frage „Welche nächsten Ziele muß sich die Arbeiterklasse im Bürgerkrieg stellen?" Und kommt zu diesem salomonischen Entscheid: „Die Ziele der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg ergeben sich einfach aus den Notwendigkeiten einer erfolgreichen Verteidigung, aus der tatsächlichen Lage und der vorhandenen Einsicht der Arbeiterklasse in diese Lage."

Diese Orakelweisheit könnte ebensogut in dem Felddienstreglement des alten preußischen Heeres stehen. Man „nimmt an", daß der Feind da ist, daß er geschlagen wird und das weitere wird sich dann „aus der tatsächlichen Lage" ergeben! So rechnet auch Generalstabschef Thalheimer ohne weiteres mit dem Sieg der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg und will nach diesem „Siege" die notwendigen Maßnahmen treffen: 1. die Verwandlung der zufälligen Bewaffnung und Gliederung der Arbeiterklasse in eine durchgängige und systematische, 2. Bildung einer Roten Garde als aktive Truppe, einer Roten Miliz als Reserve (in der selbstverständlich die KPD. die Führung hat), 3. Erfassung der Sachwerte mindestens über die Hälfte (!!) und Produktionskontrolle; unmittelbare Versorgung der proletarischen Schichten mit Lebensmitteln aus den Vorräten der Großbourgeoisie usw. usw.

Wenn es schon bei den Kommunisten noch Arbeiter gibt, die an dem Kriegstreiben der Ludendorff und Genossen nicht genug bekommen haben und deshalb absolut einen neuen Krieg vorbereiten müßten, so werden sie doch wahrscheinlich einsehen, daß Herr Thalheimer nicht der rechte Generalstabschef ist. Da ist sogar Radek ehrlicher, trotzdem auch er die Mitgliederzahl der Kommunisten sicher übertreibt, wenn er annimmt, daß sie augenblicklich ungefähr 300 000 Mann betrage. Radek will wenigstens diese Zahl mehr als verdoppelt haben, bevor er eine Entscheidungsschlacht wagen will. Und bis die Million erreicht ist, könnte Radek ja wieder neue Vorschläge erfinden. Thalheimer aber stellt sich so naiv, als wenn er glaubte, die KPD. könne mit ihrem heutigen Mitgliederbestande bereits den „Sieg" im Bürgerkrieg erringen. In Wirklichkeit liefert er nur den Faschisten Munition. Sie werden nicht verfehlen, diesen Generalstabsplan für ihre Propaganda auszunutzen.

Sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte aber sehen daraus, zu welchem Widersinn die militärische Spielerei der Kommunisten führt, und sie werden diesem Spiel mit allen Mitteln entgegenarbeiten.

Um die Volksschule.

Der Deutsche Lehrertag zum Reichsschulkampf.

Ist es ein Symbol, daß der Deutsche Lehrerverein, die größte Berufsorganisation der deutschen Lehrerschaft, der auch die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Lehrer angehört, seine diesjährige Vertretertagung ausgerechnet nach Bayern einberufen hat? Fast möchte es so scheinen. Der erste Tag des Würzburger Lehrertages brachte freilich am 3. August fortschrittliche, soziale Thesen zur Frage der Beamtenbesoldung, vorgelegt von Tschentscher-Berlin, und eine durchaus sachlich begründete und innerlich berechtigte Debatte der Junglehrerfrage. Aber am zweiten Tage zeigte sich die rückwärtsgleitende Tendenz des Vereins in der Diskussion über die weltliche Schule und das Reichsschulgesetz. Hart platzten die Gegensätze aufeinander in dem Kampf der sächsischen Lehrer unter ihrer zielsicheren und energischen sozialdemokratischen Führung gegen den alten Vertreter der liberalen „Einheitsschule", Herrn Tews, der immer noch nicht anerkennen will, daß er selbst und seine unbestreitbaren Verdienste um die Neugestaltung der Schule der Vergangenheit angehören, der sich immer noch als „Vorkämpfer" fühlt, statt sich darein zu finden, daß seine Zeit schon unter der Erde liegt. Die Entschließung zum Reichsschulgesetz, die seiner Vaterschaft entsprungen ist, zeigt den abschüssigen Weg, den er zusammen mit der Demokratischen Partei und einem Teil der ehemals liberalen Lehrerschaft in den hinter uns liegenden zwei Jahren Schulkampf gegangen ist. Nichts mehr von flammendem Protest gegen Verkirchlichung, nichts mehr von mutig eindeutigem Bekenntnis zur Weltlichkeit der Schule — nur noch „schärfster Einspruch" gegen „Sonderschulen" und Berufung auf die Verfassung. Auch das ist immerhin etwas — aber es stimmt bedenklich, wenn man das Heute mit dem Einst vergleicht. Der Deutsche Lehrerverein sollte sich keinen Augenblick darüber im unklaren sein, daß jedes Zurückweichen in diesem entscheidenden Punkt ihn selbst und seinen Bestand aufs schwerste gefährdet, daß Zukunft und neue Zeit mit den Sachsen, den Hamburgern, den Thüringern, den Rheinländern marschieren, die für eine einheitliche Schule des Volkes auf dem Boden der Weltlichkeit kämpften. Gelingt es der jetzigen zögernden und ängstlichen Vereinsleitung, diese fortschrittlichen Elemente enttäuscht hinauszudrängen, so gibt der Deutsche Lehrerverein die kulturpolitische Führung endgültig aus der Hand.

Was ihm damit zugleich an Initiative, an Aktivität, an sonstigen Werten verloren ginge, das kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß die einzige über den engeren Rahmen Deutschlands hinausweisende Stimme und die einzige Entschließung von allgemeiner politischer Bedeutung eben aus diesen Kreisen stammten. Der einstige heißische Kultusminister, Gen. Strecker, ergriff am zweiten Tage die Gelegenheit, um zum ersten Male seit seiner Rückkehr nach Deutschland über seine amerikanischen Erfahrungen und die Möglichkeit eines internationalen Zusammenschlusses aller Erziehungsvereine der Welt zu sprechen. Seine warmherzigen, tiefen Ausführungen weckten das lebhafteste Echo auch bei denen, deren politischer Horizont die ganze Weite der sich hier eröffnenden Perspektiven nicht zu fassen vermochte. Und ebenso einmütig wie hier folgte der Lehrertag der sächsischen Anregung nach einer Kundgebung zur innerpolitischen Lage, obgleich diese nach Form und Inhalt eine Paraphrase der nun seit mehr als Jahresfrist umsonst erhobenen politischen Forderungen der Sozialdemokratie an die Reichsregierung darstellte. Die Entschließung fordert nach einer Verurteilung des „selbstsüchtigen Verhaltens" gewisser Bevölkerungsgruppen: Beseitigung der Vermehrung des ungedeckten Notenumlaufs, wertbeständige und gerecht verteilte Steuern, wertbeständige Anleihen und Erfassung der Sachwerte, um die dringendsten Kulturaufgaben lösen zu können.

Der Weg des Deutschen Lehrervereins geht seit zwei Jahren bergab. Wird er nun endlich die kulturpolitischen Sturmzeichen noch rechtzeitig erkennen? Die beiden zum Schluß erwähnten Tatsachen lassen einen letzten Hoffnungsschimmer dafür offen. Aber es ist höchste Zeit zur Selbstbestimmung auf das, was er einst war und was er sein will, wenn es nicht zu spät sein soll!

Sterbende Naturlandschaften. Die Urbarmachung der großen Moore in Nordwestdeutschland hat in der Zeit nach dem Kriege überraschende Fortschritte gemacht und weite Landstriche so umgestaltet, daß sie gar nicht mehr wiederzuerkennen sind. Wenn die Kulturarbeit noch zwei oder drei Jahrzehnte mit der gleichen Schnelligkeit fortschreitet, dann werden die Moore der Vergangenheit angehören. Es wird hier mitten in Deutschland der Erde neues fruchtbares Land in einer Weise abgenommen, wie es bisher nur aus überseeischen Kolonien bekannt war. Die Landerschließung erfolgt mit allen technischen Mitteln, denn es ist nicht mehr der einzelne Kolonist, der mit seinem Spaten sich ein kleines Stück Land erkämpft, sondern es ist das Großunternehmertum, das mit gewaltigen Mitteln und vollkommenen Maschinen das Oedland fruchtbar macht. Die Moore sind also sterbende Naturlandschaften, und so großartig der Kampf des Menschen mit der Natur sich hier entfaltet, so ist es doch zugleich traurig, daß diese majestätischen Zeugen aus fernen Urzeiten der Erdgeschichte verschwinden müssen.

Ein anschauliches Bild einer solchen sterbenden Naturlandschaft und ihrer Nutzbarmachung entwirft B. Brandt in den „Naturwissenschaften", indem er einen Besuch des Vehnemoors in Oldenburg schildert. Von ergreifender Großartigkeit ist die Einsamkeit dieser unübersehbaren bräunlichen Fläche, wie sie die für das Hochmoor so charakteristischen Wasserlachen darstellen. Andere Teile des Moores wieder zeigen eine interessante Pflanzendecke, die sich mit zunehmender Austrocknung des Landes ändert. Am Hunte-Ems-Kanal, der Etappenlinie der modernen Moorkultur, liegen die ersten Arbeiten ein halbes Jahrhundert und länger zurück; hier sind wie Vorposten der Kultur die jungen Moordörfer entstanden, die hufenweise der Moorwildnis fruchtbaren Nährboden abgewonnen haben. In den erst jüngst bearbeiteten Teilen herrscht ein ganz anderes Bild: „Fauchenden Ungetümen gleich bewegen sich plumpe Torfbagger langsam über den unberührten Boden. Tiefe Gräben aufreißend, den ausgehobenen Torf zu Soden pressend, diese mittels langer Laufbänder reihenweise zum Trocknen ausbreitend, verwandeln sie die Urlandschaft im Nu in Kulturwüste. Immer sinnreicher gestaltet, ersetzt die Maschine zunehmende Menschenkraft."

Die Milderung des arktischen Klimas. Die Frage, ob das Klima der europäischen Nordpolländer eine Milderung erfahren hat, wird von Professor Hoel von der Universität Christiania, der kürzlich von einer Forschungsreise aus den Polarländern zurückgekehrt ist, in bejahendem Sinne beantwortet. Der Gelehrte, der den Südteil von Spitzbergen durchforscht hat, war von der Bäreninsel ausgegangen und hatte das Meer bis zu 81 Grad 29 Min. eisfrei gefunden. Die Höchsttemperatur, die gewöhnlich 4 Grad nicht übersteigt, hat im vergangenen Sommer 19 Grad erreicht. Im Zusammenhang mit dieser stärkeren Erwärmung hat auch die arktische Fauna eine Veränderung durchgemacht. Der Eisbär ist verschwunden, und die Seehunde sind weit nach Norden ausgewandert; dafür findet man jetzt dort Bänke von Heringen, die in dieser Gegend bisher unbekannt waren. Professor Hoel glaubt die Temperaturänderung der Ablenkung eines Teiles des Golfstromes zuschreiben zu dürfen. Diese Vermutung wird übrigens auch durch Beobachtungen anderer Reisender bestätigt. So hatte beispielsweise Kapitän Ingebrigsen, der Kommandant eines der für den Robbenfang in Dienst gestellten Schiffe, schon im Jahre 1918 erklärt, daß die Jagd überaus schwierig geworden sei, weil auf Spitzbergen das Klima sich vollständig verändert hat, und weil jetzt an Stelle der früheren Eisfelder festes Land getreten ist.

Die Ausstellung des Staatlichen Bauhauses in Weimar ist vom 15. Aug. bis 30. Sept. geöffnet. Die Werkstätten des Bauhauses (Tischlerei, Holz- und Steinbildhauerei, Wandmalerei, Glas- und Metallwerkstatt, Töpferei, Weberei, Druckerei, Architekturbureau) werden ihre Arbeitsergebnisse sehen lassen. Ziel ist: Größtmögliche Oekonomie in Material und Gebrauch zu heiter Gestalt zu bringen. In einem fertig ausgebauten und eingerichteten Einfamilienhaus werden neue Wohnprobleme durch neue Techniken zu lösen versucht. Der Reichspräsident und der Reichsminister des Innern haben ihre Anwesenheit zur Eröffnung zugesagt.

Der Esperantokongreß huldigt Dürer. Die Teilnehmer des Internationalen Esperantokongresses vereinigten sich heute zu einer großen Kundgebung am Denkmal Albrecht Dürers. Ein englischer Vertreter feierte Dürer als den gewaltigen Vertreter deutschen Kunstgeistes, dem die ganze Welt sich erkenntlich zeigen müsse.

Das Märkische Wandertheater hat auch für die kommende Spielzeit von zahlreichen Städten der Provinz über 200 Gastspielteinladungen erhalten und eröffnet die Spielzeit 1923/24 bereits am 1. September. Die Leitung hat wieder Direktor O. Gläser.

Thüringen warnt das Reich.

Im zweiten Teil der Erklärungen, die der thüringische Staatsminister Genosse Fröhlich über das Verhältnis Thüringens zum Reich abgab, heißt es:

Als der Thür. Regierung bekannt geworden war, daß ein ausländischer Vertreter zu erkennen gegeben hatte, daß seine Regierung sich freuen würde, wenn sie etwas für Deutschland tun könne, und die Reichsregierung keinen Auftrag für ihn hatte, haben wir verlangt, daß die Reichsregierung ihren Verhandlungswillen zu erkennen geben möge. Wir haben umsomehr uns dazu für verpflichtet gehalten, als ein Teil der Presse eine angebliche Aeußerung des Herrn Reichskanzlers verbreitete, wonach Deutschland nicht eher verhandeln würde, ehe nicht der letzte Franzose das Ruhrgebiet verlassen habe. Der Herr Reichskanzler hat uns erklärt, daß er das nicht gesagt, sondern „daß nicht unter dem Druck der Bajonette verhandelt würde". Eine öffentliche Richtigstellung ist, soweit ich beobachten konnte, nicht erfolgt.

Die Thür. Regierung hat sich weiter gegen die Vorbereitungen zum aktiven Widerstand an der Ruhr gewendet, wie er insbesondere von der deutschvölkischen Freiheitspartei geplant war. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, mit der Reichsregierung im Beisein der preußischen und sächsischen Regierung, deren Vertreter der Geheimsitzung des Staatsgerichtshofes ebenfalls beigewohnt haben, uns offen auszutauschen. Der Bericht unseres Vertreters enthielt derartig

für die Republik Gefahr

bringende Behauptungen, daß es eine Pflichtverletzung gewesen wäre, hätten wir nicht versucht, eine Klarstellung herbeizuführen. Daß sie uns gelungen wäre, wage ich nicht zu behaupten. Mag der Herr Reichskanzler den Kapp'isten Roßbach nicht gekannt haben, als er ihn empfing, mögen auch die deutschvölkischen Abgeordneten wahrheitswidrige Behauptungen aufgestellt haben, so war und ist es doch notwendig, daß wir den für das deutsche Volk verderblichen und antirepublikanischen Bestrebungen unser Augenmerk schenken.

Das Auftreten der antirepublikanischen Organisationen und die Tatsache, daß der bayerische Innenminister Schweyer wohl lediglich zur Ablenkung über das Auftreten antirepublikanischer Vereinigungen in Bayern, bar jeder Kenntnis der thüringischen Verhältnisse, die thüringische Gefahr für Bayern im bayerischen Landtag an die Wand zu malen, für nötig hielt, bedingte, daß wir es als zulässig bezeichneten, daß sich die bedrohten Parteien einen unbewaffneten Selbstschutz schaffen.

Darüber hat zwischen dem Herrn Reichsminister und uns eine Aussprache stattgefunden. Wenn der Herr Reichsinnenminister auch nicht begeistert war von unserer Haltung, so zeigte er doch Verständnis für unsere Begründung. Von dieser Seite kann demnach der Angriff auf Thüringen nicht gekommen sein, wir scheinen vielmehr neben einer partikularisch beeinflußten Stelle auch an anderen Stellen als unbequeme Mahner zu gelten und deshalb wohl das besondere Augenmerk auf uns.

Eine zweite Möglichkeit zu dem Vorgehen der Reichsregierung kann darin bestehen, daß die Thüringer Oppositionsparteien, vertreten durch die Herren Höfer, Witzmann, Klen und Gerland, am 3. März d. J. beim Herrn Reichsinnenminister vorstellig waren, um sich über die von ihnen so sehr gehaßte Thüringer Regierung und letzten Endes gegen den Landtag zu beschweren.

Aus einer nahezu 12 Seiten langen Eingabe, die der Herr Abgeordnete Witzmann im Auftrage aller bürgerlichen Parteien unterm 31. Mai d. J., also 3 Monate nach dem Vorstelligwerden, an den Reichsinnenminister geschickt hat, geht hervor, daß diese Herren, und wenn die hinter ihnen stehenden Parteien mit der Eingabe einverstanden sind, auch die Parteien, die die Thüringische Verfassung anzuerkennen nicht gewillt sind, denn § 5 der Thüringischen Landesverfassung besagt, daß der Landtag die gesetzgebende Gewalt ausübt, die Landesregierung bestellt und überwacht.

Was verlangen die Oppositionsparteien aber von der Reichsregierung?

In der Eingabe wird geradezu dem Herrn Reichsinnenminister gegenüber ein Klagelied angestimmt, daß der Thür. Landtag sich erlaubt, mit seiner verfassungsmäßigen Mehrheit Gesetze zu beschließen. Etwas ähnliches von einer Eingabe — die wir der Oeffentlichkeit zugängig machen werden — dürfte von Mitgliedern einer gesetzgebenden Körperschaft noch nicht ausgegangen sein. Der Sinn der vielen Worte der Eingabe ist der: die Thür. Gesetzgebung wäre richtig, wenn sie nicht von einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit ausging, die Regierung wäre gut und richtig besetzt, wenn sie nicht von Sozialdemokraten, sondern von den Parteien der Opposition besetzt wäre.

Als neuester Angreifer gegen Thüringen tritt der Vertreter der Mitteldeutschen Industrie e. V. in Weimar auf den Plan. In einer Denkschrift an die Reichsregierung und an den Reichsrat, die der Verein auch der Thür. Regierung zugestellt hat, wendet er sich gegen das Kreis- und Gemeindeabgabengesetz, und insbesondere gegen die §§ 8, 9 und 10. Das Gesetz hat die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtags erhalten, trotzdem sagt der Verband:

Sollte die Thür. Regierung auf ihrem bisher eingenommenen Standpunkt verharren und die Wünsche des Verbandes nach wie vor ablehnen, so ruft der Verband hiermit ausdrücklich den verfassungsmäßigen Schutz des Reiches an.

Ich enthalte mich jeder Kritik, stelle nur fest, wie in Deutschlands schlimmsten Tagen die Einmütigkeit gefördert, der Opfersinn im Allgemeininteresse geübt wird; ich betone, auch dieser konzentrierte Angriff gegen die Regierung und den Landtag kann dazu beitragen, daß die Reichsregierung den Bedanken Rechnung trägt und der Thür. Regierung erhöhte Aufmerksamkeit widmet, aber wir werden trotz alledem die verfassungsmäßigen Rechte Thüringens zu wahren wissen, gleichgültig von welcher Seite die Angriffe auch kommen mögen.

Gleichviel, welches die Ursachen des eigenartigen Vorgehens der Reichsregierung sind, wir werden uns damit nicht in unserer pflichtmäßigen Sorge für die Aufrechterhaltung der Deutschen Republik behindern lassen und alles dafür einsetzen, daß das Allgemeinwohl als oberstes Gesetz nicht nur im Lande Thüringen, sondern im ganzen Reiche anerkannt wird.

	6. August		1. August	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländisch. Gulden .	643387.50	646612.50	428925.—	431075.—
1 argentin. Papier-Peso	548625.—	551375.—	368075.—	370925.—
1 belgischer Frank . . .	75810.—	76190.—	52867.50	53182.—
1 norwegische Krone . .	263340.—	264660.—	175560.—	176440.—
1 dänische Krone	297255.—	298745.—	195510.—	196490.—
1 schwedische Krone . .	434910.—	437090.—	290072.50	291727.50
1 finnische Mark	—	—	30423.50	30576.50
1 japanischer Yen	798000.—	802000.—	530670.—	533330.—
1 italienische Lire . . .	70827.50	71177.50	47880.—	48120.—
1 Pfund Sterling	7487250.—	7518750.—	4987500.—	5012500.—
1 Dollar	**1645875.—**	**1654125.—**	**1097250.—**	**1102750.—**
1 französischer Frank . .	95760.—	96240.—	63840.—	64160.—
1 brasilianischer Milreis	165585.—	166415.—	111720.—	112280.—
1 Schweizer Frank . . .	293265.—	294735.—	194512.50	195487.50
1 spanische Peseta . . .	230422.—	231577.50	155610.—	156390.—
100 österr. Kronen (gest.)	—	—	1571.—	1579.—
1 tschechische Krone . . .	—	—	33166.50	33333.50
1 ungarische Krone . . .	—	—	44.88	45.12
1 bulgarische Lewa . . .	—	—	9875.—	9925.—
1 jugoslawischer Dinar .	—	—	11571.—	11629.—

Kohlen-Kostgänger.

Die großen Koks- und Kohlenplätze sind seit einigen Tagen, seitdem der Zentner Briketts einen Preis erreicht hat, daß man die Zahl kaum noch aussprechen kann, ein unliebsamer Aufenthaltsort jener vielen Aermsten. Mit einem Sack, mit einem Rucksack, mit Taschen und Körben findet man sich hier am Vormittag ein, wenn die großen, schweren Kohlenwagen hochbeladen aus dem Tor der großen Kohlenhandlungen fahren. Bei einer Biegung des Weges, bei Unebenheiten der Straße erleidet der mit Kohlen beladene Wagen eine Erschütterung, ein paar Preßkohlen, Stücke Koks oder Braunkohle rollen vom Wagen auf die Straße und werden von den vielen, die am Wege darauf warten, aufgerafft.

Diese Kohlenkostgänger, wie man die Sammler getauft hat, sind gewiß harmlos. Aber nicht alle halten sich in die engen Grenzen der Sammlertätigkeit. Viele werden, wenn das Sammeln gar zu wenig einbringt, robuster und gerissener. Man schleicht hinter den Kohlenwagen her und „frühstückt" einfach vom Wagen in die mitgebrachten Körbe und Rucksäcke hinein. Jedes Stück Kohle ist ja heute ein Wertobjekt. Die Kutscher auf den Kohlenwagen merken wohl, daß sie Kostgänger haben. Aber in den seltensten Fällen wehren sie sich, erheben sie Einspruch oder schlagen gar mit der Peitsche nach den Kostgängern. Sie wissen ja, daß die Not die Leute zu einer Handlung treibt, die der Satte, der auf hohem Pferd sitzt, sehr verächtlich und von oben herab, Diebstahl nennt und sich entrüstet abwendet. Diese Entrüstung aber ist leicht aufzubringen, wenn man für Millionen Kohlen und Koks im Keller hat.

Ueberhaupt, wer ein großes, ja grausiges Bild deutscher Not und deutschen Elends kennenlernen will, der muß auf die Kohlenplätze gehen. Alte Leute, die kaum noch aufrecht stehen können, fahren mit Handwagen über meistens ausgefahrene und holprige Straßen ein paar Zentner Preßkohlen nach Hause. Die großen Kohlenhändler, die die Lieferungen für Banken und Bureaus, für ganze Häuser haben, lassen sich überhaupt nicht mehr darauf ein, Kohlen in kleineren Mengen abzufahren. Dazu kommt, daß die Kohle, frei Keller, einen Preis hat, der Tausenden und aber Tausenden unerschwinglich ist. Da treibt Not die alten Glieder, und eine winzige Hoffnung bleibt, bei äußerster Kraftanstrengung und Sparsamkeit dem kommenden Winter wenigstens die schlimmsten Entbehrungen abzujagen.

Besserung der Lebensmittellage!

Größere Warenzurückhaltung nicht feststellbar.

Die Lebensmittelkalamität, die sich in der vergangenen Woche in Berlin durch den Mangel an Fettwaren, Kartoffeln, Mehl usw. so empfindlich bemerkbar gemacht hat, gab den leitenden Stellen der Berliner Wucherpolizei Veranlassung, Ende der Woche mit allen verfügbaren Kräften eine Kontrolle der Lebensmittelläger auf etwaige Warenzurückhaltung vornehmen zu lassen. Die Großhandelsbetriebe wurden von den Beamten der Wucherpolizei, die Kleinhändler von den zuständigen Polizeirevieren kontrolliert. Das Ergebnis war fast überall negativ. Nennenswerte Läger der genannten notwendigen Lebensmittel wurden nirgends gefunden, abgesehen von einigen wenigen Fällen, wo mehrere Zentner Fettwaren beschlagnahmt und den Krankenhäusern zugeführt wurden. In einem Falle wurde im Zusammenhang mit einer derartigen Beschlagnahme dem Inhaber des Lagers die Handelserlaubnis entzogen. Um die Lebensmittelknappheit wenigstens einigermaßen zu beheben, wurden auf Veranlassung des Regierungsrats Hinckel, des Leiters der Berliner Wucherpolizei, auch die Butter- und Eiervorräte aus den Berliner Kühlhäusern, die dort auf Wunsch des Reichsernährungsministeriums als Reserve für den Winter eingelagert waren, auf den Markt gebracht. Dagegen war es in der vergangenen Woche größtenteils nicht möglich, die Fettvorräte der ausländischen Konsignationsläger anzugreifen, weil es den Lagerhaltern infolge der Devisenpolitik des Reiches nicht möglich war, die notwendigen Devisen zur Deckung zu beschaffen. Nachdem nun die Devisenverordnung wieder aufgehoben worden ist, glaubt man an zuständiger Stelle, in Kürze eine Besserung in der Fettbelieferung Berlins feststellen zu können, so daß dann in Verbindung mit der jetzt einsetzenden besseren Kartoffelbelieferung der Berliner Lebensmittelmarkt noch im Laufe dieser Woche ein günstigeres Bild bieten dürfte. Nach Ansicht der leitenden Stellen ist die verkehrte Devisenpolitik, deren Wirkungen noch mit den Begleiterscheinungen der verspäteten Korn- und Kartoffelernte zusammentrafen, mit die Hauptursache der nunmehr hoffentlich überwundenen Lebensmittelkalamität gewesen.

Großdiebstahl in seidenen Damenstrümpfen.

Auf dem Grundstück Andreasstr. 58/59 drangen Verbrecher durch die Decke in die Räume der Filiale Arenstein ein und stahlen 1650 Paar seidene Damenstrümpfe, 350 Paar Damenschuhe, 230 Paar Herrenschuhe und 8 Paar Damenstrumpfhalter, alles in allem für 1 Milliarde. Auf die Wiederbeschaffung sind 10 Proz. Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Hoppe, Zimmer 93 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 432 und 584.

In dem Hause Duisburger Str. 7 schnitten unbekannte Verbrecher aus der Hintertür der Wohnung eines Kaufmanns im ersten Stock eine Füllung heraus und öffneten dann die ganze Tür von innen. Sie erbeuteten sehr viel Silbersachen, darunter Bestecke mit den Monogrammen M. L. und M. J., zwei antike einarmige silberne Leuchter, einen silbernen Filigranschmuck, Halskette, Brosche und Nadel, Anzüge usw., im Ganzen für etwa 3 Milliarden! Der Bestohlene setzt eine Belohnung von 100 Millionen und 10 Proz. des Wertes der wiederherbeigeschafften Sachen aus. Mitteilungen an Kriminalkommissar Galzow, Zimmer 88 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 115 und 407.

Verbrecherhumor.

Vor kurzem feierte der vielen bekannte Justizrat Wronker seinen 70. Geburtstag. Aus allen Kreisen der Bevölkerung, von Behörden, und vor allem von den von ihm im Laufe seiner 43jährigen Tätigkeit vertretenen zahllosen Angeklagten gingen zahlreiche Glückwünsche ein. Unter den Zuschriften befindet sich auch eine, die einzige, die anonym gehalten ist, die ihres humorvollen Inhalts wegen Wiedergabe verdient. Sie lautet: „Sehr geerter Herr Justizrat! Mein Kollege Knacker-Ede hat in die letzte Sitzung unsres Vereins „Dufte Jugens" den Antrag gestellt, Sie bei Ihrem 70. Geburtstag zum Erenmitglide zu ernennen. Der Antrag ist aber durchgefallen. Zwarst haben wir alle gesagt, Sie sind ein guter und feiner Ferteidiger, und sogar unser Sündikus, der 15 Jahre kriminal studiert hat, sagte: „Alle Achtung!" worauf Sie stolz sein können, denn der versteht wat. Aber andere meinten, es fehle Ihnen was. Sie könnten dem Staatsanwalt nicht, wie manche Ihrer Kollegen, ein Ding dreen. Sie machen das mit die Gesetze, aber von Kassiber und Schwindel wollen Sie nischt wissen. Dabei ist das doch Retwer, wie unser Sündikus sogt; warum verfolgt uns der Staatsanwalt? Wir treiben, wie die Großmächte, die Politik der offenen Tür, und unser Wahlspruch ist: „Freie Bahn den Tüchtigen". Aber wenn auch jener Antrag gefallen ist, so haben wir doch beschlossen, Sie zu Ihrem 70. Geburtstag zu gratulieren. Wir winschen Ihnen Glück und Segen, und lernen Sie das mit die Kassiber und so, dann werden wir auf Sie stolz sein. Es grüßt August Kanuschke, 1. Vorsitzender des Vereins „Dufte Jugens".

Da leider eine nähere Adresse sowohl des Herrn Kanuschke wie des Herrn Knacker-Ede fehlt und auch der Verein „Dufte Jugens" vergeblich im Adreßbuch zu suchen ist, befindet sich Justizrat Wronker nicht in der Lage, dem Verein Mitteilung zu machen, ob dieser noch darauf rechnen kann, daß er sich auf seine alten Tage in dem gewünschten Sinne zu „bessern" gedenke.

Der „Sportgenosse" aus der Fremde.

Schlecht belohnte Gastfreundschaft.

Von Dieben schwer heimgesucht wurden in der letzten Zeit wiederholt Sportklubs, besonders Ruder- und Segelklubs in Berlin und Umgegend. Nette junge Männer führten sich als Sportgenossen, Angehörige auswärtiger Klubs, ein und belohnten die ihnen gern gewährte Gastfreundschaft dadurch, daß sie bei guter Gelegenheit Klubmitgliedern die Brieftaschen, die Uhren, Kleidungsstücke usw. stahlen. Gestern wurde wieder so ein Spezialist erwischt. Auch sein Treiben ist bezeichnend für den Geist in gewissen Kreisen unserer Jugend.

Der Verhaftete, ein 19 Jahre alter Handlungsgehilfe Walter Oberbeck entstammt einer achtbaren Familie in Frankfurt a. M. bereits weit mehr Gehalt als ein mittlerer Be-
bereits weit mehr Gehalt als ein mittlerer Be-
amter. Trotzdem glaubte er, damit nicht auskommen zu können, verließ seine Stellung und fuhr nach Berlin. Am 27. Juli stieg er, fein gekleidet, im Parkhotel am Zoo ab. Bevor er sich in das Fremdenbuch eintrug, fuhr er in den Abendstunden nach Wannsee hinaus, stellte sich dort bei einem Ruderklub als Mitglied des Klubs Hammonia vor, wurde freundlich aufgenommen, stahl im nächsten Augenblick einem Klubmitglied die Brieftasche, die Uhr und einige Kleidungsstücke, kehrte jetzt in das Hotel zurück und schrieb sich unter dem Namen des Bestohlenen ein. Die Brieftasche enthielt außer den Papieren für mehrere 100 Millionen Mark ausländische Noten. Aber auch diese große Beute genügte dem jungen Manne noch nicht. Neue Streiche verübte er in Grünau und an anderen Stellen, um seine Mittel noch zu vermehren. Bei einem Ruderklub in Teptow aber stieß er endlich auf Leute, die mit Recht auch einem Gaste gegenüber die jetzt mehr als je erforderliche Vorsicht walten ließen. Hier führte er sich mit den Papieren ein, die er in Wannsee gestohlen hatte. Er wurde aber entlarvt und festgenommen. Vor der Kriminalpolizei legte der Verhaftete ein Geständnis ab. Es ergab sich, daß er auch schon in Hamburg gewesen war und dort die Papiere gestohlen hatte, mit denen er sich in Wannsee als Mitglied der Hammonia ausgewiesen hatte. Von seiner Beute in Wannsee brachte der Lebemann in der „Libelle" in der Friedrichstraße gleich 20 Millionen durch. Er lernte dann noch ein junges Mädchen kennen, daß ihn in seine Wohnung einlud und auch noch eine Freundin mitnahm. Diesem Mädchen schenkte er gleich eine Kristallschale, die wohl an 10 Millionen gekostet haben mag. In der Behausung ließ er Sekt in Strömen fließen. Am nächsten Morgen besaß er noch ganze 150 M. Aber die beiden Mädchen waren so freundlich, ihm mit 1½ Millionen wieder auf die Beine zu helfen. Dann ging er mit Erfolg auf neue Beutezüge aus.

Flugzeuglandung auf dem Sportplatz. Gestern vormittag landete auf dem Sportplatz in der Scharnweberstraße in Reinickendorf der Eindecker Nr. 285 der Firma Marr in Breslau, der von dem 26 Jahre alten Antonius Raab geführt wurde, infolge Maschinendefekts und Oelmangels. Das Flugzeug befand sich auf der Fahrt von Breslau nach Staaken und hatte bereits vorher an anderen Orten Notlandungen wegen Maschinendefekts vornehmen müssen. Die polizeiliche Luftüberwachungsstelle in Staaken hat die Abschleppung des Flugzeuges vorgenommen.

Brand in einem Sommerlokal. In der letzten Nacht, kurz nach 12 Uhr, wurde die Berliner Feuerwehr nach Schulzendorf gerufen. Dort brannte das Restaurant „Sommerlust". Angeblich war das Feuer in einer Kegelbahn ausgekommen. Diese und ein angrenzender Schuppen brannten in solcher Ausdehnung, daß sofort von der schon anwesenden Tegeler und Schulzendorfer Wehr tüchtig gelöscht werden mußte. Es gelang, die Flammen einzudämmen.

Eine erfolgreiche Streife nach fliegenden Glücksspielunternehmern machte gestern nachmittag die Polizei des zuständigen Reviers in der Wuhlheide in der Umgebung der Karlshorster Rennbahn. Hier hatten die Rennen wieder fliegende Glücksspielunternehmer veranlaßt, ihre Tische aufzuschlagen. Acht Mann wurden erwischt und nach der Wache gebracht, darunter 3 Ausländer aus Polen. Beschlagnahmt wurden 4 Millionen Spielgelder, 3 Spiele Karten und eine Roulette.

Flugzeugunglück auf der Ostsee. Als zwei deutsche Flieger am Sonnabend nachmittag auf dem Wege nach Gothenburg um 4 Uhr die Insel Möen passierten, mußte die eine Maschine wegen Motorschadens niedergehen. Der Pilot des Flugzeuges rief durch Lichtbomben seinen Kollegen zur Hilfe herbei. Das Flugzeug, das zur Hilfeleistung niederging, setzte zu hart auf das Wasser auf, kenterte und wurde vollkommen zertrümmert. Der Pilot Schultz, der nicht schwimmen konnte, ertrank; sein Passagier wurde nach einer Viertelstunde von dem zuerst niedergegangenen Flugzeug gerettet. Schultz stammt, wie auch der der andere Pilot, aus Stralsund. Das eine Flugzeug ist geborgen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kreis- und Abteilungsleiter!

Heute, pünktlich 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25 (Saal 1), eine wichtige

Vorständekonferenz

statt. Tagesordnung: 1. Die Beitragsfrage für August. 2. Wichtige Parteimitteilungen.

An dieser Konferenz teilzunehmen sind die Bezirksvorstandsmitglieder sowie sämtliche Abteilungsleiter und Abteilungskassierer verpflichtet. Wer verhindert ist, muß für Vertretung sorgen.

Das Bezirkssekretariat.

*

6. Kreis. Bildungsausschuß. Dienstag, den 7. August, abends 7½ Uhr, bei Reim, Urbanstraße. Sitzung. Erscheinen ist Pflicht.

8. Abt. An der am Dienstag, abends 7½ Uhr, stattfindenden Kreismitgliederversammlung in Moabit, Arminiussäle, Bremer Straße 73, beteiligen sich sämtliche Genossen der 8. Abteilung. — Der Zahlabend am Dienstag in der Baugewerkschule fällt deshalb aus und nehmen die Genossen an den Zahlabenden am Mittwoch bei Egler, Steinmetzstr. 20, und bei Pickert, Steinmetzstr. 36a, teil.

15. Abt. Heute, Montag, Funktionärkonferenz bei Dietrich, Swinemünder Str. 36. Erscheinen sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute erwünscht.

31. Abt., Charlottenburg. Dienstag, den 7. August, abends 6 Uhr, findet bei Schellbach, Königin-Elisabeth-Straße 6, eine erweiterte Abteilungsvorstandssitzung statt mit den Gruppenführern und Kassierern.

105. Abt. Köpenick. Die Funktionärkonferenz findet nicht Dienstag, sondern schon heute abend, 7½ Uhr, statt.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Sonntag, den 5. August 1923.

1. Rennen. 1. Narr (Mate), 2. Blindgänger (Edler), 3. Schmuck II (Dahr). Toto: 41 : 10. Platz: 19, 17 : 10. Ferner liefen: Algebra, Mirafel, Poet.

2. Rennen. 1. Entschluß (Stielau), 2. Sham Dich (Br. Müller), 3. Gigerl (Dahr), 4. Jakor (Mela). Toto: 48 : 10. Platz: 19, 27, 23 : 10. Ferner liefen: Freiherr, Ellen (gef.), Mollerthal, Saul, Erbrose, Schlosser.

3. Rennen. 1. Ritter Blaubart (v. Parke), 2. Weilerscheide (Hr. Frecle), 3. Helmtraute (Hr. Beck). Toto: 13 : 10. Platz: 11, 12 : 10. Ferner lief: Tradition.

4. Rennen. 1. Halma (Bär), 2. Rekord (Borowsky), 3. Hilfrud (Oertel). Toto: 69 : 10. Platz: 24, 22, 23 : 10. Ferner liefen: Cicero II, Felding, Fauste, Ehrentraut, Donnerwetter, Roma (gef.), Heidi, Majus.

5. Rennen. 1. Lorbas (Thalecke), 2. Streifler, (Edler), 3. Kümmelmann (v. Falkenhaus). Toto: 40 : 10. Platz: 18, 23, 66 : 10. Ferner liefen: Rautendelein, Zippel, Magelone, Herzog, Moral (gef.), Minor, Herero, Eid.

6. Rennen. 1. Contrafert (Lüder), 2. Rinaldo (Edler), 3. Lorma (Bär). Toto 24 : 10. Platz: 15, 17 : 10. Ferner liefen: Orkan, Abenteurer, Elöre II.

7. Rennen. 1. Flaggensee (Huguenin), 2. Sanguiniker (Bleuler), 3. Mignon (Borowski). Toto: 52 : 10. Platz: 16, 14, 20 : 10. Ferner liefen: Kasbek, Diavl, Denar, Cea, Faun, Sternberg, Rekord.

Gewerkschaftsbewegung

Konzentrierung der Kräfte.

Es gibt sich niemand einer Täuschung darüber hin, daß mit der formellen und prinzipiellen Anerkennung der Wertbeständigkeit der Löhne — nur ganz rückständige Unternehmergruppen, wie die Berliner Holzindustriellen, wehren sich noch dagegen — das wirtschaftliche Problem noch nicht gelöst ist. Man wirft Papiergeld billionenweise ins Publikum und ruft dadurch Erscheinungen hervor, die, außer in Rußland, in keinem Lande ein Beispiel haben. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten entwerten sich nicht mehr von Woche zu Woche, sondern von einem Tag zum andern, ja, man kann sagen, von Stunde zu Stunde. Die unausbleibliche Folge der Finanzierung des Staatshaushaltes durch den Notendruck muß die in steigendem Tempo sich vollziehende Entwertung des Papiergeldes sein.

Dieses Tempo wird sich in den nächsten Wochen noch verschärfen. Es wäre töricht, irgendwie ein Wunder zu erwarten und anzunehmen, daß es schließlich doch einmal besser werden müßte. Solange die Schandwirtschaft unserer Finanzen weiter betrieben wird, wie sie in dem letzten Halbjahr betrieben worden ist, kann eine Besserung nicht eintreten. Das bedeutet, daß die katastrophalen Verhältnisse sich verschlimmern müssen.

Mit dieser Tatsache wollen und können sich die Gewerkschaften jedoch nicht abfinden. Sie haben die ungeheuerliche Gefahr, die aus unserer himmelschreienden Finanzwirtschaft entspringt, erkannt und von der Regierung Abhilfe gefordert. Die Forderungen der Gewerkschaften decken sich in allen wesentlichen Punkten mit den Forderungen, die die Vereinigte Sozialdemokratie aufgestellt hat.

Diese notwendigen Forderungen auf dem Wege des Lohnkampfes durchzusetzen, ist unmöglich. Solche Forderungen können nur auf politischem Wege verwirklicht werden.

Da die Gewerkschaften jedoch weder eine Partei, noch ihre Organisationen auf die politische Aktion eingestellt sind, ergibt sich mit unabweislicher Konsequenz die Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften mit aller Macht den Kampf der Vereinigten Sozialdemokratie für die Wiederherstellung einer gesunden Finanzwirtschaft unterstützen. Das setzt voraus, daß die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die zu führende Aktion mitbestimmen.

Auch die in normalen Zeiten bis zu einem gewissen Grade berechtigten Bedenken gegen die Beteiligung der Gewerkschaften an einer politischen Aktion müssen jetzt in der durchaus kritischen Situation, in der wir uns befinden, zurückgestellt werden. Auch beim Kapp-Putsch haben die Gewerkschaften nicht gefragt, ob ihre Beteiligung an einer politischen Aktion nicht gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze verstößt. Die Situation, in der sich die deutsche Arbeiterschaft jetzt befindet, ist mindestens ebenso gefährlich wie die, die der Kapp-Putsch geschaffen hat.

Aber nicht allein die Spitzenorganisationen, sondern auch die örtlichen Organisationen müssen sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenfinden. Die KPD., die seit Wochen und Monaten täglich die niedrigsten Angriffe und Verleumdungen gegen die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wie gegen die Gewerkschaften überhaupt richtet, schließt sich bei dieser Aktion von selbst aus. Es braucht und kann hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden. Wir sprechen nur eine von allen anerkannte Tatsache aus, wenn wir sagen, daß die Stunde ein wohlüberlegtes, aber energisches Handeln und eine Konzentrierung der Kräfte der Arbeiterschaft von allen fordert.

Eine notwendige Erwiderung.

Nach dem Bericht über die Generalversammlung der Hotelangestellten in Nr. 363 des „Vorwärts" geht der Vorsitzende des Zweigvereins, Saar, auch auf den Streik des Konditoreipersonals zu Pfingsten ein und verurteilt hiernach, daß der Streik geführt wurde, welcher die Arbeitgeber zum Abschluß eines Tarifvertrages zwang. Saar führt hierbei aus, daß die Konditoreibesitzer sich auf den verständlichen Standpunkt stellten, daß ihr Personal unter den Tarif für das Kaffeehausgewerbe falle. Dieser Standpunkt Saars, der sehr genau über das Vorgehen der Konditoreibesitzer und die Ursachen des Streiks unterrichtet ist, ist mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Seine Ausführungen treffen unter keinen Umständen zu. Seit dem 1. März 1919 bestand für das Konditoreigewerbe ein Tarifvertrag, der mit der zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren abgeschlossen war. Dieser Tarifvertrag wurde von den Arbeitgebern gekündigt und nur sieben Betriebe wollten für einen Teil ihres Personals sich dem Tarifvertrag im Kaffeehausgewerbe anschließen. Für das Backstubenpersonal und die übrigen mehr als 500 Konditoreibetriebe hätte demnach kein Tarifvertrag mehr bestanden. Erst als nach dem verlorengegangenen Streik im Kaffeehaus- und Gastwirtsgewerbe in diesen Betrieben das Personal unter ungeheuren Verschlechterungen arbeiten mußte, sehnte sich auch eine Anzahl Konditoreibesitzer danach, sich diesen Arbeitsverhältnissen anzuschließen. Also wohlgemerkt, nur weil schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kaffeehausbetrieben gegenüber den Konditoreibetrieben bestanden, wollten die Arbeitgeber sich diesem Tarifvertrag unterwerfen. Diesen Standpunkt der Unternehmer nennt der Vorsitzende des Zweigvereins der Hotel- und Café-Angestellten verständlich. Ein Kommentar dazu erübrigt sich.

Wenn ferner noch von einem Diskussionsredner erklärt wurde, daß der Zentralverband der Bäcker und Konditoren eine ausgesprochene Konkurrenzorganisation der Kaffeehausangestellten sei, so möge diesem Diskussionsredner gesagt sein, daß von unserer Seite noch nie irgendwelche Konkurrenzmanöver versucht wurden, und daß in den Konditoreien entgegen der Behauptung Saars, der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten nur in sehr verschwindendem Maße einzelne Mitglieder unter dem Bedienungspersonal hatte. Schreiber dieses hat stets den Standpunkt eingenommen, daß es für die Interessen der Arbeiter und Angestellten nur schädlich ist, wenn irgendwelche Konkurrenz unter den Gewerkschaften selbst besteht. Es ist auch vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren, vor allem von der Berliner Ortsverwaltung mit allen Mitteln versucht worden, eine Verständigung mit dem Ziel der Verschmelzung beider Organisationen herbeizuführen. Dem Vorsitzenden Saar wird es nicht unbekannt sein, daß von den beteiligten Organisationen eine Kommission hierzu bestimmt war, daß aber auf Anordnung der Hauptverwaltung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten ihren Mitgliedern jede Tätigkeit in dieser Kommission untersagt wurde. Auch die wirtschaftliche Entwicklung im Hotel- und Kaffeehausgewerbe wird und muß dazu führen, daß die einzelnen Branchenorganisationen verschwinden. Die Unternehmer haben es, zu unserem Schaden, viel besser begriffen und so sind heute eine Reihe von Konditoreibesitzern nicht nur Mitglieder der Konditorinnung, sondern zugleich auch der Bäckerinnung und des Vereins der Kaffeehausbesitzer und versuchen nun, die verschiedensten Tarife zum Schaden ihrer Angestellten gegeneinander auszuspielen.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.
J. A.: Thieme.

Lohnerhöhung im Malergewerbe.

Auf den Lohn der Maler werden in der Woche vom 3. bis 9. August 70 Proz. aufgeschlagen. Der Schiedsspruch besagt, daß die Angleichung an den Index, der bei der Verhandlung am Mittwoch noch nicht zu erreichen war, in der nächsten Verhandlung erfolgen soll. Am Freitag wird der vorgenommene Ausgleich bekanntgegeben, was wir zu beachten bitten.

Die Ortsverwaltung.

Kein Maler in das Saargebiet!

Die Maler im Saargebiet stehen seit 14. Juli im Streik. Sie warnen alle Berufskollegen, durch Inserate des saarländischen Arbeitgeberverbandes fürs Baugewerbe sich ins Saargebiet locken zu lassen. Die Lebenverhältnisse sind derart ungünstig, daß ein jeder, der auf Inserate hereinfällt, es bitter bereuen wird, wenn er hier ankommt. Ein Mittagessen kostet 5 bis 6 Frank, Logismöglichkeit fehlt ganz und gar. Kein Berufskollege, der auf gewerkschaftliche Solidarität noch Wert legt, darf uns daher durch Streikbrecherarbeit in den Rücken fallen. Das Saargebiet muß unter allen Umständen gemieden werden.

Verband der Maler, Filiale Saarbrücken.

Zum Angestelltenkonflikt in der Berliner Metallindustrie erfahren wir, daß der Reichsarbeitsminister die Parteien zu heute vormittag 11 Uhr zu Verhandlungen eingeladen hat. Es soll eine Einigung versucht werden, um den für morgen früh beschlossenen Streik zu verhüten. Dem Streikbeschluß haben die Verbandsleitungen zugestimmt. In der Hauptsache wird es von dem Verhalten der Unternehmer abhängen, ob noch in letzter Minute eine Einigung zustande kommt.

Die inzwischen weiter angeschwollene Preisflut dürfte den Arbeitgebern die Ueberzeugung aufgedrängt haben, daß sie den Forderungen der Angestellten gerecht werden müssen. Verschließen sie sich dieser Einsicht, dann bleibt den Angestellten nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen.

Die Funktionäre der Angestellten nehmen heute abend 8 Uhr in Haverlands Festsälen zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung, die Funktionäre des GdA. um 4 Uhr im Dresdener Kasino.

Achtung Tapezierer! Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß ergaben für die Zeit vom 30. Juli bis 4. August einen Lohn von 46 000 M. und vom 6. bis 9. August einen Lohn von 55 000 M. Die übrigen Gruppen entsprechend abgestuft. Die Tarife sind heute von 4—7 Uhr Engelufer 24, Zimmer 28, abzuholen.

Zur Lohnbewegung der Töpfer brachten wir in der Sonnabendausgabe eine Mitteilung, in die sich durch Druckfehler leider einige Unrichtigkeiten eingeschlichen haben. Wir bringen deshalb hier den richtigen Wortlaut:

„Da eine Vereinbarung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Ofensetzgewerbe Groß-Berlins über neue Löhne für die Zeit nach dem 28. Juli 1923 noch nicht besteht, sollen die Arbeitgeber zunächst für die Zeit vom 29. Juli bis 1. August 40 000 M. und ab 2. August 50 000 M. Stundenlohn als Abschlagszahlung zahlen. Wo eine dementsprechende Lohnzahlung noch nicht erfolgt ist, ist es Pflicht der Kollegen, diese sofort einzufordern. Die Sitzung beim Demo, in der die neuen Lohnsätze für die Zeit ab 29. Juli vereinbart werden sollen, findet am 7. August statt. Das Resultat wird sofort durch die Arbeiterpresse bekanntgegeben.

Ueber die Wertbeständigkeit der Bauarbeiterlöhne ist das Ergebnis der zentralen Verhandlungen der Spitzenverbände, wie auch die endgültige Stellungnahme der Unternehmer zur zweimaligen Lohnzahlung in der Woche noch nicht bekannt.

Die Bergarbeiter im Zwickauer, Lugauer und Oelsnitzer Revier traten am Freitag erneut in den Streik. Der Streikbeschluß wurde in einer Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre gefaßt, die u. a. eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 4—5 Millionen M. forderte.

AfA-Funktionäre der chemischen Industrie. Heute abend 7½ Uhr in den „Musikersälen", Kaiser-Wilhelm-Straße 18/21, wichtige Versammlung. Mitgliedsbuch und Ausweis des ZdA., Butab oder Werkmeisterverbandes legitimieren.

Wirtschaft

Die Knappheit an Zahlungsmitteln hat sich neuerdings wieder verschärft. Bei der Reichsbank ist nicht genügend Bargeld zu erhalten, obwohl sie bereits täglich vier Billionen neuer Noten drucken läßt und diese Leistung vom Donnerstag nächster Woche auf acht Billionen Mark steigern wird. Während die staatliche Finanzpolitik sich wenigstens jetzt grundsätzlich zu dem Ziele bekennt, die Notenpresse so bald als möglich stillzulegen, muß man ins Blaue hinein Papiergeld drucken, um den Bedarf der Wirtschaft an Geldzeichen zu befriedigen. Das Gefährliche ist, daß die Zahlungsmittelknappheit zusammenfällt mit einer Teuerung, welche alle Verbraucher zwingt, ihr Geld möglichst bald in Ware zu verwandeln, weil es sich sonst entwertet und die wertbeständigen Anlagemöglichkeiten noch nicht geschaffen sind. Monatelang hat man gezögert, sich auf die durch den Marksturz im Ausland geschaffene Lage einzustellen und ausreichend große Geldzeichen drucken zu lassen. Statt dessen hat man noch bis vor wenigen Monaten neue 1-Mark- und 2-Mark-Scheine hergestellt, die man besser als Tapete für die neuen Villen der Reichsbankdirektoren verwendet hätte, weil sie der Verkehr doch nicht gebrauchen kann. Die Reichsbankleitung hat sich also nicht nur unfähig erwiesen, die Inflation zu bekämpfen, sie ist auch unfähig, die notwendigen Papiergeldmengen bereitzustellen, um es den Arbeitern und Angestellten zu ermöglichen, ihren Lohn rechtzeitig zu erhalten. Sie versteht sich also nicht einmal auf die Bereitstellung der durch ihre verfehlte Devisenpolitik erforderlich gewordenen Zahlungsmittel. Aber sie bleibt in ihrem Amte!

Reichsbahntarife und Binnenschiffahrt. In normalen Zeiten ist die Binnenschiffahrt ein viel billigeres Transportmittel für Massengüter als die Eisenbahn. Heute konkurriert die Reichsbahn, weil sie mit ihren Tarifen der Geldentwertung nicht zu folgen vermag und wertbeständige Tarife erst ins Auge gefaßt, noch nicht eingeführt sind, die Binnenschiffahrt nieder. In einer Versammlung von Interessenten der Elbeschiffahrt, die kürzlich in Hamburg stattfand, wurde u. a. ausgeführt: Die Reichseisenbahn hat zu einer Zeit, als die Verhältnisse noch wesentlich anders lagen als heute, eine Erhöhung der Gütertarife um 150 Proz. ab 1. August festgelegt. Diese Festsetzung ist durch die Entwicklung der Dinge in den letzten 14 Tagen vollständig überholt. Die neuen Eisenbahnfrachten sind derart, daß es der Binnenschiffahrt einfach unmöglich ist, gegen die Bahn zu konkurrieren. Selbst bei Plätzen, die direkt an der Elbe liegen, mußte die Schiffahrt auf Frachten zurückgehen, die nicht nur nicht die Selbstkosten decken, sondern erhebliche Zuschüsse erfordern, die ein Privatbetrieb auf die Dauer einfach nicht leisten kann. Sollte die Reichseisenbahn ihre Frachten nicht mit aller Beschleunigung entsprechend erhöhen, so würde die Stillegung der gesamten Elbschiffahrt unvermeidlich.

Gewaltige Preissteigerung für Textilwaren. Zu der katastrophalen Teurung der Lebensmittel gesellt sich jetzt eine ungeheure Preissteigerung für Bekleidungswaren. Der Textileinzelhandel stellt seine Preise neuerdings nach dem System, das für die einzelnen Waren eine Grundzahl errechnet und diese mit einer veränderlichen Schlüsselzahl vervielfältigt. Die Schlüsselzahl der Damenkonfektion, die am Anfang der vorigen Woche 8500 betrug, ist am 3. August auf 10 500 und mit der neuen Woche auf 16 000 heraufgesetzt worden. Die Preise für Bekleidungswaren haben sich somit in einer Woche nahezu verdoppelt.

Eine Goldanleihe des Freistaats Hamburg. Die Finanzdeputation des Freistaats Hamburg wird eine wertbeständige Anleihe in Höhe von einer Million Pfund Sterling auflegen, die mit sechs Prozent verzinslich ist und mit zwei Prozent jährlich getilgt werden soll. Zur Ausgabe gelangen zunächst 300 000 Pfund Sterling.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Artur Saternus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Feuilleton: Dr. John Schikowski, Charlottenburg; Lokales und Sonstiges: Walter Krojan, Zehlendorf; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Admirals-Varieté
8⁰⁰ Das internationale August-Programm

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

„Vorwärts"-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Bärwaldstr. 47
" Bastianstr. 7
" Carmen-Sylva-Str. 57, Gißmann
" Greifenhagener Str. 22
" Immanuelkirchstr. 24
" Lausitzer Platz 14/15
" Petersburger Platz 4
" Prinzenstr. 31, Hof rechts
" Wattstr. 9
" Wilhelmshavener Str. 48
Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1
Cöpenick, Kietzer Str. 6, Laden
Friedrichshagen, Kurze Str. 11, Hoffmann
Neukölln, Neckarstr. 2
" Siegfriedstr. 28/29
Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56
Schöneberg, Belziger Str. 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Tuche, Affenhaut, Flausche, Plüsche, Kleider-Samete, Anzug- u. Paletotstoffe.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79

Flatow
Betriebsrätegesetz
Neu
13. Aufl. 126-130000
Der unentbehrlichste in der Praxis
laut Fachkritik der beste Kommentar
geb. 6.— brosch. 4.—
× Schlüsselzahl d. Buchhdl.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 3

Qualitätsware

Anzüge 2475⁰⁰⁰
gut, modern verarb., la Stoffe u. besten bis zum billigsten, v.
5950⁰⁰⁰ 3850⁰⁰⁰ 2975⁰⁰⁰
Gummi-Mäntel
nur la Marken, elegante Form
Mäntel 875⁰⁰⁰
reelle Stoffe, neueste Form, vom vornehmsten bis z. einfachsten, v.
6750⁰⁰⁰ 4500⁰⁰⁰ 2475⁰⁰⁰
Damen-Mäntel
vom feinsten Modell bis z. einfachsten
Hosen 575⁰⁰⁰
Kammgarn, Buckskin, schöne Streifen, feste billige Arbeitshosen, v.
1950⁰⁰⁰ 1250⁰⁰⁰ 975⁰⁰⁰
Kleczewski
Wilmersdorfer Str. 127 am Bhf. Charlottenbg., Ecke Schillerstr.
Boxhagener Str. 47 am Bahnhof Stralau-Rummelsburg
Kottbuser Str. 4 am Kottbuser Tor
Badstr. 16 am Bahnhof Gesundbrunnen
Fahrgeldvergütung!

HOSEN
Sie sparen Millionen
denn auch heute noch verkaufen wir bei Anzahlung auf unsere enorm billigen Preise
München-Gladbacher Hosenzentrale
Neukölln, Berliner Str. 18/19, L. Rathaus.
Berlin, Küstriner Pl. 10, 1 Min. v. Schles. Bhf.

Verkäufe

Nähmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei Fischer, Potsdamerstraße 103. Nollendorf 6882.

Bekleidung

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 3. Firma Lehmann. Enormer großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Gehpelze, Sportpelze, Kreuzfüchse, Ziegen, in großer Auswahl, konkurrenzlos billig! Keine Lombardware.

Auf Kredit moderne Herrenanzüge, Taillenmäntel, Cutaways, Maßverarbeitung, beste Zutaten, bequeme, diskrete Teilzahlung. Lefer Gottlieb, Nollendorfstraße 33a. Hochbahnhof Nollendorfplatz. 9—12, 3—7.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues 1 150 000 an. Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen. Reicke, Augustst. 39a, Quergebäude.

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Kochmöbel, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Nähmaschinen sucht dringend Stephan 9043.

Fellankauf. Ziegen, Zickel, Kanin, Roßhaare, Schafwolle, Maulwürfe, Kalbfelle. Woldenbergerstraße 3, Alexander 1897. Händler Extrapreise.

Bücherankauf, Rößgarn, Swinemünderstraße 7. Humboldt 485.

Sackankauf Gollnowstr. 9.

Prismenfeldstecher, besonders Zeiß, Goerz Photoapparate kauft höchstzahlend Frank, Blücherstr. 56. Moritzpl. 141 68.

Fahrradankauf, höchstzahlend, Dresdenerstraße 129. Moritzplatz 3736.

Klavier bis 30 000 000.— sucht Voigt, Neukölln, Sanderstraße 30. Telephon: Neukölln 4282. Gewöl.

Pianos kauft Kersten, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 128 45.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2. Nollendorf 5397.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Autozubehör kauft höchstzahlend Bilz, Reinickendorferstraße 83.

Kugellager, Bohrmaschinen, Magnete, Bergaier kauft Mechanische Werkstatt, Gartenplatz 5.

Kugellager, Autozubehör kauft Solnbew, Schönhauser Allee 127.

Nägel, Holzschrauben, Maschinenschrauben kauft Eisholz, Friedrichsgracht 1.